

Senatsbeschlüsse

über die 137. Sitzung des Senats

am 09.01.2018, 11:00 Uhr

- 3336.) Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Senats am 19. und 20.12.2017
-

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschriften über seine Sitzungen am 19. und 20. Dezember 2017.

- 3337.) STRAßENBENENNUNG
Kleine Wolke
(Vorlage 1777/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1777/19 die vorgeschlagene Straßenbenennung.

- 3338.) STRAßENBENENNUNG
Scholener Straße
(Vorlage 1778/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1778/19 die vorgeschlagene Straßenbenennung.

3339.) "Inanspruchnahme der psychosozialen Prozessbegleitung in Bremen und Bremerhaven"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
(Vorlage 1779/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1779/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - Am Ende der Antwort auf Frage 5 wird folgender Absatz ergänzt:

„Anfang 2018 wird eine bremische Broschüre „Hilfe bei Gewalt“ in einfacher Sprache veröffentlicht (Übersetzung in VERSO, ein Produkt des Martinsclub Bremen). Sie vermittelt neben Grundlagen zum Thema die Vorstellung der einzelnen Beratungs- und Unterstützungsangebote in Bremen und Bremerhaven, an die sich auch Frauen mit Beeinträchtigung wenden können. Das Angebot der Psychosozialen Prozessbegleitung wird hier vorgestellt. Herausgeberinnen sind die ZGF und der Arbeitskreis „Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Land Bremen“. Die Realisierung der Broschüre wird mit Mitteln der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport unterstützt. Die erarbeiteten Informationen zum Hilfesystem in einfacher Sprache werden folgend auch für Webauftritte der beteiligten Einrichtungen aufbereitet.“
 - Am Ende der Antwort auf Frage 6 wird folgender Absatz ergänzt:

„Im Arbeitskreis „Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Land Bremen“, in dem auch zwei der Bremischen Prozessbegleiterinnen teilnehmen, wird die Vernetzung ins Hilfesystem sichergestellt. Die Fachkolleginnen haben sich umfassend mit der Thematik befasst.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3340.) Vorhabenbezogener Bebauungsplan 121 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte und eines Wohnhauses zwischen Riensberger Straße, Riekestraße und der Kleinen Wümme in Bremen-Horn-Lehe (Vorlage 1780/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 121 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte und eines Wohnhauses zwischen Riensberger Straße, Riekestraße und der Kleinen Wümme in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand: 09.11.2017) entsprechend der Vorlage 1780/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 3341.) Bebauungsplan 2492 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Boulevard und Sportanlagen der Uni, Autobahnzubringer Uni, Max-von-Laue-Str und Emmy-Noether-Str zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen im Geltungsbereich des B-Planes 2199 (Vorlage 1781/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt, den Bebauungsplan 2492 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Boulevard und Sportanlagen der Universität, Autobahnzubringer Universität, Max-von-Laue-Straße und Emmy-Noether-Straße zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2199 (Bearbeitungsstand: 16.11.2017) entsprechend der Vorlage 1781/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

3342.) "Ausbauoffensive für die Schiene – auch im Land Bremen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1782/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1782/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 und 2 wird vor dem vorletzten Absatz folgender neuer Absatz eingefügt:

„Aus dem Zusammenwirken der zuvor dargestellten Maßnahmen I, II und III ergibt sich eine optimale Anbindung des Hafens in Bremerhaven. Die Maßnahmen I und II entlasten den Knoten Bremen vom Schienenlärm und schaffen zusätzliche Kapazitäten im Seehafenhinterlandverkehr von und nach Bremerhaven. Es entsteht eine zweite, leistungsfähige Anbindung des Hafens auf der Schiene, die Güterverkehre aufnehmen kann und auch im Störfall auf einer der beiden Strecken eine Erreichbarkeit gewährleistet. Auf dem bereits heute etwa 50% stärker belasteten Abschnitt Bremen-Burg – Verden, der auch die zukünftigen Verkehre zum Jade-Weser-Port aufnehmen muss, schafft die Maßnahme III die erforderlichen Kapazitäten und gewährleistet den weiteren Ausbau der Regio-S-Bahn auf ihrer Hauptachse.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3343.) Beschäftigungsförderung im Handlungsfeld Sichere und saubere Stadt
"Perspektive Arbeit Saubere Stadt (Pass)"
(Vorlage 1783/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 16. Januar 2018 aus.

- 3344.) "Streckensperrungen von Bremen nach Bremerhaven – Auswirkungen auf
Mensch und Wirtschaft"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 1784/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1784/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3345.) "Entwicklung der Drogensubstitution im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1785/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage de1785/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Der letzte Satz der Antwort auf Frage 3 wird ersatzlos gestrichen.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3346.) "Integrierte Modelle eines kontinuierlichen Deutschunterrichts als Alternative zum Vorkursmodell?"
(Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD)
(Vorlage 1786/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1786/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD vom 05.09.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderung:

In der Antwort auf Frage 3 werden beim ersten Spiegelstrich die eckigen Klammern gestrichen.

- 3347.) "Schulnoten in Bremen und Bremerhaven"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1787/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1787/18 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Folgende Vorbemerkung wird der Antwort vorangestellt:

„Die Verordnung für Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte an öffentlichen Schulen (Zeugnisverordnung) gilt für die Schulen in Trägerschaft der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Daher werden die nachfolgenden Antworten in Bezug auf die öffentlichen Schulen gegeben. Die Privatschulen machen von Lernentwicklungsberichten und Notenzeugnissen nach je eigenem pädagogischen Konzept Gebrauch.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3348.) Statistische Erfassung des nachmittäglichen Betreuungsbedarfs von Schulkindern
(weiterer Bericht)
(Vorlage 1788/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „A. Problem“ nach dem Wort „Lösungsverfahren“ das Wort „berichtet“ ersatzlos gestrichen wird.
2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 21.12.2017 dem Bericht zu und beschließt die anliegende Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte diesen zusammen mit dem ersten Bericht zur statistischen Erfassung des nachmittäglichen Betreuungsbedarfs von Schulkindern zu befassen.

3349.) Zustimmungsgesetz zum einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge
(Einundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 21. RÄStV)
(Vorlage 1789/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass im ersten Satz unter „A. Problem“ „2018“ „ durch „2017“ ersetzt wird.
2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1789/19 den Entwurf eines Gesetzes zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung. Der Senat bittet die Bremische Bürgerschaft

(Landtag), eine abschließende Befassung bis zum 26.04.2018 sicherzustellen, um eine Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bis zum 24.05.2018 zu ermöglichen.

3350.) Bremisches Landesmediengesetz
Novellierung / Neuverkündung
(Vorlage 1790/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/ Gender-Prüfung“ der zweite Satz wie folgt ersetzt wird:

„Das BremLMG wurde im Rahmen der letzten Novellierung durchgehend geschlechtsneutral formuliert und bei der Besetzung des Gremiums wurde, über die Geschlechterquote hinausgehend, vorgeschrieben, dass bei einem Wechsel das nachfolgende Mitglied anderen Geschlechts sein muss als die Vorgängerin oder der Vorgänger. Aus diesem Grunde sind im Rahmen dieser Neuverkündung keine weiteren Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern vorgesehen.“

2. Der Senat beschließt, entsprechend der Vorlage 1790/19, den Entwurf der Neufassung des Bremischen Landesmediengesetzes (BremLMG), die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Beschlussfassung mit der Maßgabe folgender Änderung:

In § 13 Absatz 3 wird vor dem Wort „Regelmäßigkeit“ das Wort „in“ eingefügt.

3351.) Zuwendungsbericht 2016
(Vorlage 1791/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 04.01.2018)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 4. Januar 2018 den Zuwendungsbericht 2016 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen dem Haushalts- und Finanzausschuss für eine Beratung in vertraulicher Sitzung zuzuleiten.
2. Der Senat bittet die Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen, das bisherige Konzept zur Erfassung der geschlechtsspezifischen Kennzahlen in ZEBRA durch die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau unter Beteiligung der Ressorts überprüfen zu lassen und dem Senat über die Prüfergebnisse zu berichten.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die durch die Ressorts in der Zuwendungsbank ZEBRA für das Jahr 2017 erfassten Zielindikatoren zu evaluieren und dem Senat im dritten Quartal 2018 in Abstimmung mit den Ressorts einen Evaluationsbericht vorzulegen.

3352.) Verordnung zur Änderung der "Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlass von Verordnungen nach dem Gemeindefinanzreformgesetz"
(Vorlage 1792/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1792/19 die „Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlass von Verordnungen nach dem Gemeindefinanzreformgesetz“ sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

- 3353.) Mitantragstellung Bremens zum Bundesratsantrag des Landes Thüringen – Entschließung des Bundesrates zur aufgabengerechten Mittelausstattung der Jobcenter zur Umsetzung des SGB II (Vorlage 1793/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1793/19 die Mitantragstellung Bremens zu dem unter A. dargestellten Bundesratsantrag des Landes Thüringen.

- 3354.) "Das Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen an Grundschulen im Land Bremen" (Kleine Anfrage der Fraktion der CDU) (Vorlage 1794/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 08.01.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 8. Januar 2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3355.) "Entwicklung der Polizeieinsätze bei Fußballspielen in Bremen" (Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE) (Vorlage 1795/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1795/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 16.11.2017 sowie die Mitteilung

des Senats und deren Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderung:

Der zweite Absatz der Antwort auf Frage 14 erhält die folgende Fassung:

„Als eine mögliche Lösung käme der Ausbau eines vorhandenen Deichweges infrage. Dieser Weg beginnt auf dem Osterdeich in Höhe des Café Ambiente und führt sodann zum Fuße des Deichs am Weserstadion. Der Weg ist derzeit nicht für die Nutzung von schweren Fahrzeugen (z.B. Bussen) ausgelegt. Eine Ertüchtigung des Weges zur Befahrbarkeit von größeren und schwereren Fahrzeugen könnte zu einer Verbesserung der Situation bei Risikospiele im Sinne einer strikteren Fantrennung und möglicherweise sogar zu einer Reduzierung der Anzahl der eingesetzten Polizeibeamten führen. Eine mögliche Ertüchtigung und die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten dieses vorhandenen Deichweges müssen zunächst jedoch noch geprüft werden.“

3356.) "Tödliche Gefahr Asbest"
(Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN)
(Vorlage 1796/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1796/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 20.11.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3357.) "Wie steht es um die Abwasserentsorgung in Bremen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1797/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1797/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Vorbemerkung wird am Ende des dritten Satzes ergänzt:

„, an der die Freie Hansestadt Bremen mit 25,1 % beteiligt ist.“

In der Antwort auf Frage 4 wird im letzten Satz nach „2028“ ein Punkt gesetzt und der Rest des Satzes ersatzlos gestrichen.
 - In der Antwort auf Frage 5 werden im letzten Satz des ersten Absatzes die Wörter „kommunalen Gemeinschaftsaufgabe“ in „übergreifenden Aufgabe“ sowie im letzten Satz des letzten Absatzes „kommunale Gemeinschaftsaufgabe“ in „übergreifende Aufgabe“ geändert.
 - In der Antwort auf Frage 7 werden unter der Überschrift „Hand in Hand bei extremen Regenereignissen“ im ersten Satz die Wörter „kommunale Gemeinschaftsaufgabe“ in „übergreifende Aufgabe“ geändert.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3358.) "Baumspenden – kann Bremen noch grüner werden?"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 11)
(Vorlage 1798/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1798/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

3359.) "Stroke-Einsatz-Mobil auch für Bremen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1799/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1799/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.